

Medienmitteilung

Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Beteiligungsgesetz)

Nach dem heutigen JA ist eine breite Debatte dringender und nötiger denn je

Der Bernische Grosse Rat hat heute mit seinem JA zum BKW-Beteiligungsgesetz die Mehrheit des Kantons Bern an der BKW AG zementiert und die Einflussmöglichkeiten des Kantons sogar ausgebaut. Das Parlament - und unverständlicherweise v.a. auch die SVP - sagen damit JA zu einem «Gemischtwarenladen BKW», der die privaten KMU zunehmend mit ungleichlangen Spiessen konkurriert. Für den Gewerbeverband Berner KMU ist eine breite Debatte, die wir mit unserer Kampagne «Fair ist anders» bereits diesen Frühling angestossen haben, nun noch dringender und wichtiger.

Die BKW AG ist gemäss eigenen Aussagen «auf dem Weg von der klassischen Energieversorgerin zur vertikal integrierten Energie- und Infrastrukturdienstleisterin». Ihre Bedeutung als Garantin für eine sichere Energieversorgung sinkt. Seit einigen Jahren forciert sie die Bereiche Bau-, Planung, Gebäudetechnik und Infrastruktur. Sie sucht mit anderen Worten Chancen ausserhalb ihres angestammten Bereichs und geht dafür erhebliche unternehmerische Risiken ein. Sie beruft sich dabei auf ihre Rechtsform als Aktiengesellschaft des privaten Rechts und die Interessen ihrer Aktionäre.

In dieser Situation bindet der Grosse Rat diese Gesellschaft noch stärker an den Staat und beschliesst ein Gesetz, das explizit vorschreibt, dass der Kanton die Kapital- und Stimmenmehrheit nicht abgeben darf, und dass er mit dieser Beteiligung vor energie- finanz- und wirtschaftspolitische Ziele verfolgt. Diese Beschlüsse sind vor allem in ihrer Kombination fragwürdig und höchst gefährlich.

Wir bedauern es sehr, dass durch die unheilige Allianz zwischen der SP und der SVP die Interessen der KMU-Wirtschaft torpediert wurden. Berner KMU wird mit seiner Kampagne «Fair ist anders» weiterhin sensibilisieren.

Mit der ausdrücklichen Ermächtigung, dass der Kanton als Aktionär und über die Kantonsvertretung im Verwaltungsrat auf eine Unternehmensstrategie hinwirken kann, wird die BKW AG zum Spielball der Politik. Bisher war das Parlament zu Recht zurückhaltend damit, ihr Vorgaben zur Strategie und zur Geschäftstätigkeit zu machen. Künftig wird sich die Politik legitimiert und gar beauftragt sehen, solches zu tun.

Wenn in Zukunft der Kanton der BKW Vorgaben aus wirtschaftspolitischen Überlegungen machen kann, rücken aus KMU-Sicht vor allem die Aspekte Wettbewerbsneutralität, Kontrolle der Marktmacht und Aufteilung der verschiedenen Bereiche in unterschiedlich stark kontrollierte Gesellschaften in den Vordergrund. Über diese Fragen ist eine breite Debatte dringender und nötiger denn je.

Für zusätzliche Auskünfte:

Christoph Erb, Direktor Berner KMU, 079 215 34 66

Nina Zosso, Kampagnenleiterin «Fair ist anders», 079 218 86 28

23. November 2017